
Soziale Marktwirtschaft und globalisierte Welt

Joachim Starbatty

I. Die großen und die kleinen Buchstaben der Globalisierung

Ökonomen sehen den Globalisierungsprozess entspannt. Jeder Tauschakt, der aus freien Stücken über Märkte abgewickelt wird, ist wohlfahrtsteigernd für alle am Tausch Beteiligten. Andernfalls wäre er nicht zustande gekommen. Eine regionale Ausweitung marktwirtschaftlicher Beziehungen ist ebenfalls wohlfahrtsteigernd. Der Wohlfahrtszuwachs kommt erst dann zu einem Ende, wenn keine neuen Tauschpartner mehr hinzukommen können, wenn also alle Flecken, Orte, Regionen dieser Welt über Märkte miteinander verbunden und integriert sind. Anders formuliert: Wenn die Globalisierung vollendet ist.

Ein Modell, das wir David Ricardo verdanken, hat das theoretisch abgesichert. Er hat anhand eines konstruierten Falles – Reduktion der Welt auf zwei Länder, England und Portugal, und der Warenwelt auf zwei Güter, Tuch und Wein – nachgewiesen, dass sich Tausch zwischen diesen beiden Ländern auch dann lohnt, wenn ein Land, England, in beiden Produktionszweigen kostenmäßig unterlegen ist. Ricardo zeigt, dass der Tausch von portugiesischem Wein gegen englisches Tuch Vorteile bringt, solange der Winzer in England gegen seinen Wein mehr Tuch eintauschen kann als in Portugal. Der englische Tuchfabrikant wird so lange portugiesischen Wein eintauschen, wie er mehr portugiesischen als englischen Wein erhält. Entscheidend sind die relativen Preise von Tuch und Wein, gemessen in den

jeweils einzutauschenden Gütern. Es lässt sich weiter zeigen, dass das Weltsozialprodukt steigt, wenn sich im Zuge der Arbeitsteilung Portugal auf die Weinproduktion und England auf die Tuchproduktion konzentriert. All das ist unbestreitbar richtig. Aber Ricardo zeigt bloß, dass solche Tauschakte für die betroffenen Produzenten vorteilhaft sind. Er berücksichtigt nicht, dass von diesen Tauschakten Wirkungen auf Dritte ausgehen, die zwar in die Produktion eingebunden, vom Tauschakt selbst aber ausgeschlossen sind. Wenn sich Portugal auf die Weinproduktion konzentriert und England auf die Tuchproduktion, kommt es zu Entlassungen und Arbeitslosigkeit in der portugiesischen Tuch- und in der englischen Weinproduktion. Je nachdem, wie stark der Anteil der schrumpfenden Sektoren an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung und wie schwierig Umsiedlung und Umschulung der arbeitslosen Weinbauern und Tuchmacher sind, können die negativen externen Effekte erheblich zu Buche schlagen. Es lässt sich sogar zeigen – im Kontext des Ricardianischen Modells –, dass ein Land absoluter Verlierer sein kann, indem es gänzlich aus der internationalen Arbeitsteilung ausscheidet. Nehmen wir an, wir hätten eine Wirtschafts- und Zollunion wie die Europäische Union vor uns und diese öffnete sich gänzlich im Zuge der Globalisierung, dann könnten einige Mitgliedstaaten, deren Produktion hinter den Zollmauern gerade noch überlebte, völlig aus der internationalen Arbeitsteilung herausfallen. Wenn sich dieses Land zuvor im Zuge der Ricardianischen Arbeitsteilung gänzlich auf Tuch oder Wein spezialisiert hätte und nach der Öffnung der Märkte die importierten Güter die angestammte Produktion verdrängten, dann wäre dieses Land Verlierer im Zuge der Globalisierung.

Jedem, der Globalisierung zu erläutern und zu erklären versucht und Deutschland dabei als Gewinner herausstellt, werden viele Menschen entgegenen, dass in ihrer Region Dutzende, Hunderte, ja Tausende von Arbeitsplätzen der

Globalisierung zum Opfer gefallen seien. Importe aus China, Japan und Südostasien hätten heimische Unternehmen verdrängt. Das sind genau die erwähnten negativen externen Effekte. Da Deutschland seinen Anteil am Welthandel seit der Gründung der Europäischen Währungsunion noch ausgebaut hat, kann man sich unschwer ausmalen, dass die Beurteilung der Wirkungen der Globalisierung in Italien, Spanien und sogar Frankreich noch kritischer ausfällt. Ja, dort kommt sogar rasch eine feindliche Stimmung gegen die Globalisierung auf, wenn man deren Wohlstandssteigernde Wirkungen hervorheben möchte.

Diese Auseinandersetzung zwischen Wohlstandssteigerung aus volkswirtschaftlicher Sicht und der erlebten Arbeitsplatzvernichtung aus der Perspektive betroffener Bürger erinnert an Platons Gleichnis in seinem Dialog „Der Staat oder über die Gerechtigkeit“. Hier unterscheidet er zwischen den großen Buchstaben und den kleinen Buchstaben der Gerechtigkeit. Das, was im Großen gerecht ist und der Gemeinschaft und dem Staat bekömmlich sein mag, kann der Einzelne als ungerecht empfinden, weil es seinem individuellen Rechtsempfinden nicht entspricht. Ähnlich haben es auch die Menschen aus der früheren DDR nach der Wiedervereinigung gesehen: Wir haben Gerechtigkeit gewollt, stattdessen haben wir den Rechtsstaat bekommen.

II. Soziale Marktwirtschaft als sozial orientierte Wettbewerbsordnung

Wenn das schmückende Beiwort „sozial“ im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mehr als ein Feigenblatt sein soll, dann müssten sich aus diesem Konzept auch politische Maßnahmen ableiten lassen, die den Vorstellungen derjenigen entsprechen, für die die kleinen Buchstaben der Globalisierung relevant sind. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zeichnet sich dadurch aus, dass nicht alle

Ergebnisse des Marktes unbeschadet übernommen werden, sondern staatliche Aktivität für Korrekturen sorgen kann. So finden wir beispielsweise bei Röpke und Rüstow Überlegungen, die die Folgen eines gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels für die betroffenen Bürger mildern, sie also nicht gänzlich der Wucht der Globalisierung aussetzen wollen. Sie plädieren für Anpassungsinterventionen, die den unausweichlichen Strukturwandel abfedern sollen. Nun wissen wir aus Erfahrungen auf nationaler wie auf der europäischen Ebene, dass Anpassungsinterventionen sich im politischen Prozess rasch als Erhaltungsinterventionen entpuppen, da sie den Anpassungsdruck lindern, damit den Strukturwandel blockieren und die sektorale Notlage nicht beseitigen.¹ Entscheidend ist aber die Auffassung, dass nicht bloßem Laissez-faire gefolgt wird. Entsprechend kann auch die Standarddefinition für Soziale Marktwirtschaft von Alfred Müller-Armack – „Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ – verstanden werden.² Daraus wird oft geschlossen, dass die soziale und die marktwirtschaftliche Komponente zwei Seiten ein und derselben Medaille seien und dass sie demzufolge gleichberechtigt nebeneinander stünden. Gerade Politiker betonen diese Lesart, weil sie ihnen den gewünschten Spielraum für ihre Interpretation von sozialer Gerechtigkeit verschafft.

Wir hören kaum eine politische Rede oder Debatte, die ohne den Begriff soziale Gerechtigkeit auskommt. Mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen ist ein vorrangiges, wenn nicht das vorrangige Ziel aller politischen Parteien. Gäfgen³ zeigt, dass der Begriff weitgehend inhaltsleer ist, zugleich aber positiv wertend verwendet wird. Wer ausdrücklich das Ziel soziale Gerechtigkeit auf seine politischen Fahnen schreibt, meint offensichtlich, dass die interpersonale Verteilung des Wohlstands ungerecht ist. „Dass auf diesem Gebiet der Begriff des Sozialen nur zu häufig ein Deckmäntel-

chen für den Neid geworden ist“, ist für F. A. von Hayek⁴ eine der schlimmsten Folgen, die wir dem gedankenlosen Gebrauch des Wortes „sozial“ zu verdanken hätten. Unter dieser Perspektive mag es erstaunen, dass wir den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ im Sachwortregister der Schriften der Vertreter des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft finden. Es sind die Schriften Erhards, Euckens und Müller-Armacks ausgewertet worden. Zunächst fällt bei ihnen folgende Gemeinsamkeit auf: Alle sprechen behördlichen Zuteilungssystemen – in Form von Lebensmittelkarten oder zentraler Planung – die Möglichkeit und sogar den Willen ab, für soziale Gerechtigkeit sorgen zu können. Erhard⁵ will die Bürger von der Hörigkeit gegenüber Ämtern befreien und das Geld wieder zum einzigen Bezugsschein machen. Für Eucken ist die Verteilung dann besonderes ungleich und ungerecht, wenn sich wirtschaftliche Macht mit öffentlicher Macht verbindet.⁶ Nach Müller-Armack⁷ geben kollektivistische Systeme den Bevorzugten einen fragwürdigen Zuteilungsvorsprung, der auf Kosten des Anteils der Nichtbevorzugten gehe. Gemeinsam ist den drei Autoren ferner, dass sie nicht das materielle Ziel sozialer Gerechtigkeit beschreiben, sondern Wege angeben, um zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu gelangen. Besonders in der Überführung von vermachteten Wirtschaftsstrukturen in solche, bei denen sich das Entgelt nach den erbrachten Leistungen orientiert, sehen sie einen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Auch war für sie eindeutig, dass gute Sozialpolitik Währungsstabilität erfordere.⁸

Es ist in jedem Falle hilfreich, eine genaue Ortsbestimmung der Sozialen Marktwirtschaft vorzunehmen. Alfred Müller-Armack definiert Soziale Marktwirtschaft als eine „ordnungspolitische Idee, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden.“⁹ Damit ist klar: Soziale Marktwirtschaft ist keine beliebige Mischung; auch stehen

soziales Anliegen und marktwirtschaftliches Prinzip, wie oft angenommen, nicht gleichberechtigt nebeneinander. Basis ist die Wettbewerbswirtschaft; nur dann stehen auch genügend Mittel für sozialpolitische Aktivitäten bereit. Oder wie der französische Staatspräsident, François Mitterrand, nach dem Scheitern seiner Umverteilungsvision ernüchert im Jahre 1983 festgestellt hat: Wir können nur verteilen, was wir vorher produziert haben. Insofern ist immer zunächst zu prüfen, ob sich die staatlichen Maßnahmen in den Kontext einer marktwirtschaftlichen Ordnung einfügen lassen.

Die entscheidende Frage lautet, wie der Staat – der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet – in den Prozess der Globalisierung gestaltend eingreifen kann. Dies ist ja auch für Angela Merkel der Anstoß gewesen, nach einer „neuen Sozialen Marktwirtschaft zu suchen“. Doch sind diese Überlegungen im Prinzip nicht über die bekannten Aussagen der „Klassiker“ der Sozialen Marktwirtschaft hinausgegangen. Problematisch waren sie hingegen, wo sie versuchten, Neuland zu betreten.¹⁰

III. Aushängen der Stadttore

1. Verlagerung des politischen Handlungsspielraums

Verlierer der Globalisierung seien die nationalen Regierungen, so hört und liest man, weil sie nicht mehr wie in der Vergangenheit ihre Volkswirtschaften zu Gunsten ihrer Wählerschaft kontrollieren könnten. Deshalb müssten sie auf die Entwicklung der Globalisierung einwirken können. Die sei im Rahmen der EU am ehesten möglich: Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung biete sich die EU als „sicherer Hafen“ vor den Stürmen der Globalisierung an.

Im Kern ist Globalisierung die Kombination von Freihandel und modernen Informationstechnologien. Über das Inter-

net lassen sich Informationen über Preis und Qualität von Waren und Dienstleistungen weltweit in Sekundenschnelle abrufen, Anleger können Kapital um die Welt schicken, um Zinsniveaudifferenzen ohne Zeitverzug zu nutzen. Die Mauern, hinter denen bislang einzelne Produzenten und damit auch Arbeitskräfte Schutz fanden, fallen. Globalisierung ist mit einem hohen Maß an Transparenz und stärkerer Wettbewerbsintensität verbunden.

Heißt das, dass Regierungen bei Globalisierung weniger oder gar nichts mehr für ihre Bürger tun können oder dass sie bisher gewohnte Politiken nicht mehr durchsetzen können? Richtig ist, dass der Regelsetzer „Nationalstaat“ im Zuge der Globalisierung sein Monopol verliert, weil Kapital und Industrieunternehmen, aber auch Arbeitskräfte abwandern können. Wenn Globalisierung Verlust der ordnungspolitischen Monopolstellung für Regierungen bedeutet, so verurteilt sie das nicht zur Untätigkeit. Aus der Marktformentheorie wissen wir, dass nach Wegfall des monopolistischen Preis- oder auch Ausbeutungsspielraums die Produzenten zu vermehrter Aktivität gezwungen werden, wollen sie ihre Kunden nicht an die Konkurrenz verlieren. Insofern gilt eher die These, der Verlust der Monopolstellung zwingt Regierungen dazu, in die Attraktivität des eigenen Standorts zu investieren und damit auch den Interessen der Bevölkerung zu dienen.

Ein erhellendes Ereignis und zugleich empirischer Test für unsere These ist das Durchschneiden des Stacheldrahts an der ungarisch-österreichischen Grenze im Sommer 1989. So konnten Bürger der früheren DDR, die als Touristen nach Ungarn gereist waren, ins freie Österreich wechseln und von da aus nach Deutschland. Dann kamen die aufregenden Stunden in der deutschen Botschaft in Prag. Der deutsche Außenminister, Hans-Dietrich Genscher, stellte deutsche Pässe aus, die es Deutschen erlaubte, wieder in den freien Teil Deutschlands zu reisen. Der Fall der Mauer war dann bloß noch eine Frage der Zeit. Und mit dem Fall

der Mauer kollabierten die politischen Systeme des real existierenden Sozialismus wie morsche Bretterbuden in einem Herbststurm. Es kam zu freien Wahlen, die die alte Funktionärskaste aus Ämtern und Pfründen verjagten. Jetzt konnten die Bürger entscheiden, unter welcher politischen und wirtschaftlichen Ordnung sie leben wollten. Wir können auch sagen, die freie Entscheidung der Menschen darüber, ob sie bleiben oder abwandern wollen, zwingt die Herrschenden zu einer Politik, die sie zum Bleiben veranlasst. Widerspruch, so können wir Albert Hirschman verstehen, führt nur dann zu politischen und sozialen Neuerungen, wenn die Menschen frei sind, ihren Wohn- und Arbeitsplatz selbst zu bestimmen.¹¹ Vorher kann Widerspruch als Majestätsbeleidigung, Volksverhetzung oder als Sabotage be- und verurteilt werden.

Allgemein geht man davon aus, dass das Beiseiteschieben des Eisernen Vorhangs den Prozess der Globalisierung in eine neue Dimension geführt habe. Wenn das Niederreißen der Mauer und der mehrfach gesicherten Grenzzäune die Initialzündung für die Beschleunigung des Globalisierungsprozesses war, so können wir die politische Bereitschaft zur Grenzöffnung und damit zur Globalisierung bildlich als das Aushängen der Stadttore sehen. Solange die Obrigkeit das Öffnen und Schließen der Stadttore anordnete, bestimmte sie, wer und was hineingelassen wurde oder draußen bleiben musste. Dieser Vergleich macht auch deutlich, dass sich ein Gemeinwesen oder ein Staat nicht von heute auf morgen verändert – auch im deutschen Nationalstaat wird es immer Bayern, Schwaben, Franken und Hessen mit ihren spezifischen kulturellen und sprachlichen Eigenheiten geben. Ein Staat oder eine Region werden im Zuge der Globalisierung nicht orts- oder gesichtslos; doch lässt uns das Bild des Aushängens der Stadttore auch die Ängste der Menschen verstehen, die nach der Öffnung ihre berufliche Existenz bedroht sehen – durch importierte Waren als Konkurrenz für die heimische Produktion oder

durch Zuwanderung von Arbeitskräften. Viele missbilligen auch einen vermuteten Kulturimperialismus insbesondere aus den Vereinigten Staaten von Amerika – Stichworte sind „Coca Cola“ und die „McDonaldisierung“ der Welt. Auch fürchten sich viele vor dem Einsickern terroristischer Gewalt.

2. Intensiverer Wettbewerb und höhere Produktivität auf Gütermärkten

Wir prüfen im Folgenden, wie sich die Globalisierung auf Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte auswirkt. Im Zuge der Globalisierung bildet sich eine Arbeitsteilung heraus, indem sich die eingebundenen Regionen entsprechend ihren komparativen Kostenvorteilen spezialisieren. Dies führt zu einem höheren Maß an marktlicher Integration; der grenzüberschreitende Handel nimmt zu, da die Produzenten auch Teile ihrer Produktion in andere Länder verlagern und je nach Kostenlage einheimische durch ausländische Zulieferer ersetzen. Im Rahmen dieses Integrationsprozesses stößt auch die grenzüberschreitende Transportindustrie in neue Dimensionen vor. Die Vertiefung der marktlichen Integration schöpft nationale Ressourcen besser aus und steigert so den allgemeinen Wohlstand. Auch die Intensivierung des Wettbewerbs selbst führt zu Produktivitätsfortschritten, weil die einheimische Industrie gezwungen wird, sich gegenüber der importierten überlegenen Technologie oder gegenüber niedrigeren Lohnstückkosten zu behaupten. Auch wenn die einheimische Industrie diesem Konkurrenzdruck nicht gewachsen ist, kommt es zu Produktivitätszuwächsen, weil die kostengünstigere Importproduktion deren Marktanteile übernimmt. Für den Konsumenten ist dies in jedem Fall wegen der gestiegenen Kaufkraft seines Einkommens vorteilhaft. Halten wir fest: Globalisierung vertieft die Arbeitsteilung, ist damit ein Schritt in Richtung optimaler Allokation der Produktionsfaktoren weltweit,

zwingt zu höherer Produktivität entweder über Innovationsprozesse oder über die Schrumpfung der dem Konkurrenzdruck nicht gewachsenen Branchen.

3. Zuzug billiger Arbeitskräfte steigert die regionale Kaufkraft

Der Konkurrenzkampf zwischen einheimischen und importierten Produkten wird letztlich auf den Arbeitsmärkten ausgetragen. Verdrängt das importierte das einheimische Produkt, so hinterlässt das schmerzliche Spuren auf den Arbeitsmärkten. Dies sind die kleinen Buchstaben der Globalisierung, die den Menschen besonderes auffallen und Angst machen. Im umgekehrten Fall belebt sich der nationale Arbeitsmarkt.

Wenn das Einreißen des Eisernen Vorhangs den Menschen politische Freiheit gab, so können wir zugleich sagen, dass das Aushängen der Stadttore Erwerbstätige aus der Abhängigkeit von Arbeitgebern mit Monopolmacht befreit. Wir können vermuten, dass mangels Alternativen für Erwerbspersonen der Monopolist zuvor den Lohn drücken kann. Können sich die Erwerbstätigen Arbeit jedoch außerhalb ihres Bezirks suchen, so können wir ziemlich genau prognostizieren, wie der bisherige Nachfragemonopolist reagieren wird. Er muss den Lohn auf das Niveau der mit ihm konkurrierenden Arbeitgeber anheben abzüglich der zusätzlich anfallenden Transportkosten und des höheren Zeitaufwands. Hier wird sich rasch ein Gleichgewichtslohn einpendeln, der deutlich über dem früheren Ausbeutungslohn liegen wird. Die Abwanderung wird dagegen in den Zuwanderungsgebieten als Bedrohung empfunden. Die Beschäftigten befürchten hier, dass sie aus angestammten Arbeitsplätzen verdrängt werden oder dass sie Lohnkürzungen hinnehmen müssen. Friedrich Engels schildert anschaulich in seinem Erfahrungsbericht „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, wie zugewanderte Iren sich in den englischen Fabrik-

städten breit machten, da sie wegen ihres genügsamen Lebensstils – sie brauchten nicht mehr als einen Strohsack zum Schlafen und eine Flasche Whisky am Wochenende – englische Arbeitskräfte verdrängten.¹² Auf ähnliche Art und Weise haben die Iren auch in New York überlebt. Doch haben sie sich rasch nach oben gearbeitet. Den Standorten, wo sie Arbeit gefunden haben, ist die Zuwanderung gut bekommen. Wenn die Iren mit weniger Lohn zufrieden waren, so haben sie damit die Produkte oder Dienstleistungen, in die ihre Arbeit eingeflossen ist, kostengünstiger und damit auch preisgünstiger gemacht. Wenn der Arbeitgeber den Lohnkostenvorteil nicht im Preis weitergegeben hat, so konnte er den Zusatzgewinn betrieblich in die Erweiterung der Produktion investieren oder seinen eigenen Konsum steigern. Aber auch dadurch werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Systematisch können wir die Zuwanderung irischer Arbeitskräfte mit arbeitssparendem technischem Fortschritt gleichsetzen. Wenn diese Möglichkeit nicht genutzt worden wäre, dann müssten heute Lohnarbeiter, um beispielsweise einen Mantel zu erwerben, nicht einen oder zwei Tage, sondern einen ganzen Monat dafür arbeiten. Der technische Fortschritt oder die entsprechende Absenkung der Arbeitskosten setzen Kaufkraft frei; so werden die übrigen Güter im Warenkorb der Durchschnittsfamilie erschwinglicher oder es kommen Güter hinzu, von denen vorher nur geträumt werden konnte.

Gerhart Hauptmann hat die negativen Seiten dieses Vorgangs in seinem aufrüttelnden Schauspiel „Die Weber“ dramatisiert. Käthe Kollwitz hat sie in Bilder umgesetzt. Sie lässt uns sichtbar teilhaben an dem erschütternden Schicksal der schlesischen Weber, wo Hunger, Not und Tod ständige Begleiter der Menschen waren.¹³ Was war der wirtschaftliche Hintergrund? Damals konkurrierte schlesisches gegen englisches Tuch, das auf Grund moderner Techniken konkurrenzlos billig war. Hätte man nun die schlesischen Weber durch Importverbote geschützt, so hätte die jeweilige Obrig-

keit schließlich auch das Gewerbe, das das teure schlesische Tuch hätte verarbeiten müssen, schützen müssen. Weiter wären den Lohnarbeitern in anderen Industrien Realeinkommensgewinne vorenthalten worden. Es ist anders gekommen. Schlesien hat den Import preiswerten englischen Tuchs nicht nur überlebt, sondern hat sich zu einer blühenden kulturellen und industriellen Region entwickelt.

Vorgänge dieser Art hat es immer gegeben und wird es immer wieder geben. Die Dramatik für die Arbeitsmärkte der industriellen Welt wird in Zukunft aus einer anderen Richtung kommen. Der in Deutschland je Arbeitsplatz durchschnittlich produzierte Waren- und Dienstleistungsstrom macht eine höhere Entlohnung auch der Beschäftigten möglich, die nicht daran beteiligt sind. Sind die Tätigkeiten eines Professors, eines Müllmanns oder eines Buchhalters in Deutschland x-mal produktiver als in Indien? Indern sagt man eine hohe analytische Begabung nach. Da indische Professoren oft ihre Ausbildung an guten Universitäten in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten erhalten haben, können die Lohnunterschiede nicht durch Qualitätsunterschiede erklärt werden. Ähnliches gilt auch für andere Dienstleistungsberufe.

Das hohe Produktivitätsniveau einiger Schlüsselbereiche zieht bei uns das Lohnniveau generell nach oben, weil ansonsten Wanderungsbewegungen für einen Ausgleich sorgen. Auch die Frage der Zumutbarkeit oder der Fairness spielt eine Rolle. Warum aber der Niveauunterschied zwischen Indien und Deutschland, obwohl der indische Professor oder der indische Müllmann nicht weniger talentiert oder fleißig sind? Die Lohnniveaus sind unterschiedlich, weil deutsche Professoren und deutsche Müllmänner wegen der räumlichen Abgeschiedenheit nicht gegen ihre indischen Kollegen konkurrieren müssen. Dass die Lohnniveaus unterschiedlich sein können, obwohl sich die Produktivitätsniveaus entsprechen, hat im 19. Jahrhundert der Ökonom J. E. Cairnes entdeckt und von den „non-competing groups“ gespro-

chen.¹⁴ Nun sind mittels des Computers neue Technologien entwickelt worden, die die räumliche Entfernung überwinden. Das gilt nicht für Haarschneiden und Müllabfuhr, wohl aber für alle Branchen, deren Leistungen sich über Leitungen von Ort zu Ort übermitteln lassen. So ist vorstellbar, dass irgendwann auf dem Bildschirm der deutsche Professor mit seinem indischen Kollegen um deutsche Studenten konkurriert. Für bestimmte betriebliche Dienstleistungen ist dieser Prozess bereits im Gange.

Anpassungsprozesse sind unvermeidlich, wenn moderne Computertechnologien „non-competing groups“ zu „competing groups“ machen. Kann die Bundesregierung so reagieren wie auf dem Bausektor, wo sie mittels des Entsendegesetzes ausländische Konkurrenz unter Kontrolle halten will? Wohl kaum. Nationale Bauleistungen sind (noch) nicht internationalem Wettbewerb ausgesetzt, und inländische Konsumenten dürfen geschöpft werden. Anders sieht es bei Unternehmen aus, deren Leistungen international gehandelt werden. Wenn diese nicht global nach den jeweils kostengünstigsten Rohstoffen, Vorprodukten und Dienstleistungen suchen, laufen sie Gefahr, selbst vom Markt zu verschwinden.

4. Kapitalbewegungen als Seismographen des Standortklimas

Nach Aushängung der Stadttore fließt auch Kapital an die Orte der besten Verwendung und damit der höchsten Verzinsung. Dies hat natürlich auch Konsequenz für den jeweiligen Kapitaleinsatz. Fließt Kapital ab, so steigt tendenziell der Zinssatz; damit lohnt sich der Einsatz kapitalsparender Technologien und die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt zu und vice versa im Kapitalzuflussland. Neben diesen Arbitragebewegungen reagieren die Kapitalströme sensibel auf die Standortpolitik eines Landes. Abwanderungen von Kapital können als Vertrauensentzug gewertet werden

und als Seismographen des jeweiligen Standortklimas betrachtet werden. Die Zinsen steigen nach Maßgabe eines Misstrauensmalus. Sind die Wechselkurse flexibel, so wird die Währung eines Landes bei inflationär wirkender Ausgabepolitik abgewertet. Dies wirkt wiederum zinstreibend, weil Kapitalanleger im Zins mögliche Abwertungsverluste entgolten haben wollen.

Wichtiger als diese Bewegungen auf den Kapitalmärkten sind womöglich unternehmerische Direktinvestitionen, da sie unmittelbar auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Unternehmen achten darauf, dass ihre Investitionen eine bestimmte Rendite erbringen. Wenn sie in einem Land dauerhaft unter dem betrieblichen Durchschnitt liegt, so erfolgen Produktionsverlagerungen. Wenn man Unternehmen daraufhin Heimatvergessenheit vorwirft, dann übersieht man einmal, dass gerade Deutschland im 19. Jahrhundert von Kapitalzuflüssen aus England und Belgien, die die Grundlagen für die deutsche Montanindustrie gelegt haben, profitiert hat und dass zum anderen die Firmen selbst einem harten Ausleseprozess unterworfen sind. Im Übrigen wäre es falsch, einen negativen Saldo bei den Direktinvestitionen von vornherein als ein Signal für eine Standortschwäche anzusehen. Solche Investitionen können auch erfolgen, um die eigene inländische Produktion abzusichern, weil beispielsweise Vertriebssysteme in den Absatzländern vorgehalten werden sollen oder weil die Auslagerung einzelner Produktionsstufen zu einem günstigeren Kostenmix führt, der das jeweilige Unternehmen entlastet und damit den heimischen Standort absichert. Die entsprechende Statistik der Direktinvestitionen muss daher sorgfältig auf die hier geschilderten Wirkungen geprüft werden.

Ein weiterer Punkt ist derzeit besonders aktuell: Die Exportüberschüsse der chinesischen, aber auch der deutschen Volkswirtschaft. Die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen hätten zwar nicht die jüngste Weltfinanzkrise verursacht, aber sie hatten sie zumindest verschärft, so liest

und hört man oft. Weil insbesondere China den Konsumhunger in den USA mit billigen Waren gestillt und die verdienten Dollars wieder in US-Schatzanweisungen angelegt hatte, verharren die US-Zinsen auf dem niedrigen Niveau und förderten so auch den Immobilienboom. Auch der Bundesregierung wird vorgeworfen, mit ihren Exportüberschüssen die Länder aus der Peripherie geradezu in die Defizite getrieben zu haben; Überschüsse könnten nur entstehen, wenn andere Staaten entsprechende Defizite hinnähmen. Um das Übel zu bekämpfen, müssten in China durch Aufwertung des Yuan Renminbi und in Deutschland durch eine aggressive Lohnpolitik Exporte gedrückt und die Aufnahmebereitschaft für Importe aus der Eurozone gestärkt werden. Freilich würde dann natürlich auch der deutsche Export in Richtung China, Südostasien und Lateinamerika zurückgehen bzw. der Import aus diesen Ländern entsprechend ansteigen. Ob damit Griechenland oder Spanien geholfen wäre, ist höchst zweifelhaft; sicher ist aber, dass damit die finanzielle Fähigkeit Deutschlands zur Rettung des Euro geschwächt würde. Wenn man Deutschland zu einer solchen Politik zwingen würde – nach der Wahl von François Hollande zum französischen Staatspräsidenten ist das wahrscheinlicher geworden –, wird es wohl die Exportkraft Deutschlands schwächen, aber den Peripheriestaaten nicht helfen können. Erfahrungsgemäß ist es leichter, einen wirtschaftlich Starken zu schwächen, als einen wirtschaftlich Schwachen zu stärken. Eine solche Kur setzt an den falschen Hebeln an.

Ein Land kann nur dann einen Exportüberschuss erwirtschaften, wenn Konsum- und Investitionstätigkeit nicht das gesamte Produktionspotential ausschöpfen, wenn also mehr gespart als investiert wird; der Sparüberschuss fließt als Kapitalexport in die Länder, die weniger sparen als investieren. Ein solcher Vorgang kann sehr sinnvoll sein, wenn der Kapitalimport zum Aufbau einer leistungsfähigen Industrie, also investiv, genutzt wird. Wenn dagegen die Ka-

pitalexporte eine Immobilienblase füttern, wie in den USA oder in Spanien und Irland und darüber hinaus exzessiven öffentlichen wie privaten Konsum über Verschuldung ermöglichen, dann hebt der Kapitalimport nicht das Produktionsniveau, sondern zwingt die Volkswirtschaften zu späteren Spar- und Verzichtleistungen, die im Falle einer Rezession, unter der die Euro-Staaten der südlichen Peripherie derzeit leiden, das Schuldenproblem nicht lösen, sondern verschlimmern. Dieser Prozess von Verzicht- und Nachfrageausfall treibt mittlerweile auch solche Unternehmen in den Konkurs, die gebraucht werden, um die Menschen in Arbeit zu halten und Güter zu produzieren, deren Verkauf zur Abtragung der Schulden beitragen könnten.

IV. Behauptung der Sozialen Marktwirtschaft in der Globalisierung

1. Gute Ordnungspolitik ist entscheidend

Die vorangegangenen Überlegungen zeigen eindeutig, dass Globalisierung nicht ohne Blessuren einhergeht, dass sie aber nicht einem Null-Summen-Spiel gleichzusetzen ist. Eine Volkswirtschaft, die sich gegenüber der Globalisierung verschließt, verzichtet auf die wohlfahrtssteigernde Wirkung bei Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und schwächt so auch die eigene Exportindustrie, die nur konkurrenzfähig bleibt, wenn ihr die Möglichkeit der geographischen Diversifizierung und der weltweite Einkauf von Vorprodukten nicht verwehrt werden. Allgemein wird konstatiert, dass die aufkommenden Schwellenländer die Treiber der Globalisierung und deren Hauptnutznieser seien. Gerade Deutschland und Japan haben dies ja selbst nach Ende des Zweiten Weltkriegs erfahren können. Freilich ist auch wahr, dass einzelne Nationen – abhängig von ihrer jeweiligen Produktionsstruktur – von zunehmender Globali-

sierung begünstigt sind oder unter Druck geraten können. Eine Volkswirtschaft wie die deutsche liefert gewissermaßen komplementäre Ausrüstungsgüter, wenn Schwellenländer die Konsumgütermärkte der etablierten Industrieländer erobern wollen. Je stärker der Export Chinas oder Indiens nach oben schießt, desto mehr sind sie auf technisches „know how“ angewiesen, das sie für den Aufbau einer industriellen Infrastruktur nutzen können. Insofern gehört Deutschland in besonderem Maße zu den Globalisierungsgewinnern, wenn nicht gerade eine Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben wird, die es einheimischen Unternehmen schwer macht, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten.

Volkswirtschaften, die Standardprodukte auf angestammten Gütermärkten anbieten und konkurrenzfähig halten müssen, müssen ihren Konkurrenten über Innovationen entweder immer einen Schritt voraus sein – z. B. in der Automobilproduktion –, also das kostengünstiger und besser machen, was die anderen auch können, oder aber auf andere innovative Produkte ausweichen. Entscheidend ist dabei immer, dass die jeweilige politische Führung sie lässt und solche Prozesse positiv begleitet. Unsere Schlussfolgerung lautet also: Letztlich hat es jede Volkswirtschaft selbst in der Hand, ob sie zu den Gewinnern oder Verlierern gehören will. Das ist beileibe keine neue Erkenntnis. Gerade bei Globalisierung – das lehrt uns der merkantilistische Ratgeber Johann Joachim Becher – zahlt sich gute Ordnungspolitik aus: „Gute Ordnung hat an den unfruchtbaren Orthen die reichste Stätt gepflanzt/ und was ist Venedig/ Ambsterdam/ Stockholm/ und noch viel andere Stätte selbst anfangs anders gewesen/ als deserte, wüste übelgelegene Oerther/ und anfangs schlechte Fischer-Wohnungen/ gleichwol seynd sie durch gute Ordnung/ und Regiment ihrer Obrigkeit nun soweit kommen/ dass sie andern das nachsehen lassen.“¹⁵

2. Schwerpunkte guter Ordnungspolitik

Die analytischen Ableitungen zur Behauptung einer Volkswirtschaft bei Globalisierung lassen drei Schwerpunkte für staatliche Aktivität erkennen:

1. Bei Intensivierung des Wettbewerbs ist gerade bei reifen Industriewirtschaften ein hohes Maß an Flexibilität erforderlich, um auf die steigenden Herausforderungen angemessen und rasch reagieren zu können.
2. Soziale Gerechtigkeit muss sich von der interpersonellen auf die intertemporale Verteilung verlagern; über Kapitalbildung müssen mehr sozialpflichtige Vollarbeitsplätze geschaffen werden; nur so wird die Politik sowohl ihrer Verpflichtung gegenüber der nachkommen Generation als auch ihrem sozialen Auftrag gerecht.
3. Deutschland hat nur einen weltwirtschaftlich wesentlichen „Rohstoff“: die Fähigkeiten und Fertigkeiten nachkommender Generationen.

Zu 1): Arbeitsmarktpolitik ist in der Vergangenheit in erster Linie als Sozialpolitik betrachtet worden. Im Vordergrund stand dann jeweils der Schutz der Arbeitsplatzbesitzer über Kündigungsvorschriften und Sozialpläne. Der Schutz der Insassen ist sowohl eine Diskriminierung derjenigen, die auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind, als auch eine Minderung internationaler Konkurrenzfähigkeit. Dass beispielsweise in den meisten Mitgliedstaaten der Eurozone die Jugendarbeitslosigkeit bei 20 Prozent und darüber liegt, hat mit den Schutzbestimmungen und mit mangelhafter Ausbildung zu tun. Wenn früher das im Betrieb eingesetzte Kapital – Produktionsstätten und Ausrüstungsgüter – als fixes Kapital betrachtet werden musste und die beschäftigten Arbeitskräfte als variables Kapital, weil die Belegschaft bei dauerhaf-

tem Auftragsrückgang abgebaut werden konnte, so müssen heute Arbeitgeber weite Teile ihrer Belegschaft zu den fixen Kosten rechnen. Anders formuliert: Wenn ein Betrieb Arbeitskräften nur unter hohen Kosten kündigen kann, wird er solche Risiken minimieren, indem er auf Einstellungen verzichtet oder auf Leih- bzw. Zeitarbeit ausweicht. Es ist bekannt, dass Schutzrechte oft genau diejenigen Gruppen von Beschäftigung und Verdienst ausschließen, die geschützt werden sollen.

Oft hört man, dass man Menschen nicht mit Bananen gleichsetzen könne; insofern seien Arbeitsmärkte anders zu behandeln. Doch herrscht bei aller Unterschiedlichkeit auf Güter- und Arbeitsmärkten das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Auf allen Märkten werden Güterströme getauscht: Jeder Arbeitgeber prüft die mit der Einstellung von Arbeitskräften induzierten Einkommen- und Güterströme. Welchen Güter- und Einkommensstrom kann er bei Einstellung einer Arbeitskraft als Zufluss erwarten und welcher Güter- und Einkommensstrom wird abfließen? Ist der Überschuss für ihn dauerhaft positiv, so wird er Arbeitskräfte einstellen oder weiterhin beschäftigen. Tauchen neue Wettbewerber mit besseren oder kostengünstigeren Produkten auf, so müssen Unternehmer rasch reagieren und flexibler über Arbeitskräfte disponieren können. Es gilt: Wir müssen uns modernisieren können, sonst werden uns die Konkurrenten modernisieren. Dann wird uns das Heft des Handelns aus der Hand genommen.

Es sei aber noch auf einen anderen Aspekt hingewiesen. Deutsche Unternehmer, die in die USA Produktion verlagern oder eine zusätzliche Produktionsstätte auf- oder ausbauen wollen, klagen allgemein über schlechte Ausbildung US-amerikanischer Arbeitskräfte, mangelndes Qualitätsbewusstsein und über fehlende Betriebstreue. Bei Arbeitskräften müsse in hohem Maße qualitativ nachgebessert und viel Zeit in die jeweilige Qualifikation investiert werden. Und es bestehe immer die Gefahr, dass inzwischen gut aus-

gebildete Arbeitskräfte das Unternehmen sogar wegen geringer Mehrverdienste verlassen würden. Gilt das „hire and fire“ allgemein, dann hat sich eine Verhaltensweise eingebürgert, die nach dem Motto verfährt „wie Du mir, so ich Dir“. Gerade wenn es um hochkomplexe Produktion geht, zahlt sich Betriebstreue beiderseitig aus. Zu den extrinsischen Motiven, welche finanzielle Entlohnung kann ich erwarten, treten die intrinsischen hinzu: Arbeitskräfte identifizieren sich mit ihrem Unternehmen; sie sind entsprechend leistungsbereit und motiviert.

Zu 2): Wenn François Mitterrand zu der für einen Sozialisten keineswegs selbstverständlichen Feststellung – wir müssen erst produzieren, bevor wir verteilen können – gekommen ist, so können wir für die Verwendung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung folgern, dass die Bruttoinvestitionsquote gegenüber der Sozialleistungsquote nicht abfallen darf. Im Jahre 1970 war das Verhältnis noch ausgeglichen; in den letzten Jahren hat sich die Schere zwischen Investitionen und Sozialkonsum immer weiter geöffnet.

Sozialleistungen und Bruttoanlageinvestition in % des Bruttoinlandsprodukts

Zeit Verwendung	1991	2000	2005	2009	2010
Sozialleistungen	27,6	31,2	31,3	31,5	30,4
Bruttoanlageinvestitionen	23,2	21,4	18,5	17,7	17,9

Ein Beispiel aus dem täglichen Wirtschaftsleben illustriert und belegt, welche Bedeutung Kapitalbildung für die soziale Leistungsfähigkeit und die internationale Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens und einer Volkswirtschaft hat. Stellen wir uns zwei Betriebe vor, die bisher gleich gewirtschaftet und verdient haben. Bei einem Eigentümerwechsel

bleibt der eine Betrieb bei seiner Ausschüttungspolitik, während der andere seine Betriebsentnahmen kräftig aufstockt, bis er schließlich nicht mehr konkurrenzfähig ist, Konkurs anmeldet oder von dem anderen Betrieb geschluckt wird. Vergleichbares können wir in zwei konkurrierenden Volkswirtschaften erfahren. Das was volkswirtschaftlich investiert und verbraucht wird, kann nur an den jeweiligen Arbeitsplätzen erwirtschaftet werden. Wenn entsprechend dem Beispiel aus der Unternehmerwelt eine neu gewählte Regierung entscheidet, den Sozialkonsum dauerhaft gegenüber der Investitionstätigkeit zu erhöhen und die Betriebe entsprechend mit höheren Sozial- und Steuerabgaben belastet, so wird diese Volkswirtschaft auf Dauer in der internationalen Arbeitsteilung zurückfallen und ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr entsprechen können. Ähnliches erleben wir gerade in der südlichen Peripherie der Eurozone. Für die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft folgt daraus: Auf Dauer wird Deutschland nur ein bedeutender „global player“ bleiben, wenn die Formel „Soziale Gerechtigkeit“ nicht statisch – also ohne Berücksichtigung der damit verbundenen Verwerfungen –, sondern dynamisch interpretiert wird – also unter Berücksichtigung der dauerhaften Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Zu 3): Die Überlegungen zur sachlichen Kapitalbildung können wir auch auf das Ausbildungsfeld übertragen. Die Ausbildung produktiver Kräfte war für Friedrich List das A und O nationaler Konkurrenzfähigkeit.¹⁶ Er zeigt an der Ausbildung der Söhne einer Bauernfamilie, wie sehr diese die einzel- und gesamtwirtschaftliche Produktivität steigern kann, wenn sie zunächst auf Konsum verzichtet und stattdessen in die individuellen Fähigkeiten investiert.

Speziell für den Produktionsstandort Deutschland kommt hinzu, dass wir die Ausrichtung der Abiturienten auf die jeweiligen Studienrichtungen in den Blick nehmen müssen. Mein persönlicher Eindruck, der aber gut belegt

scheint, ist, dass die „smarten Köpfe“ vornehmlich bei „financial services“ und in der Unternehmensberatung unterkommen wollen; doch wird der Produktionsstandort „Deutschland“ nur erfolgreich in der Globalisierung überleben, wenn unsere Unternehmen weiterhin die Güter liefern können, die die Welt braucht, wenn sie expandiert. Die Basis für diesen Erfolg legen die Absolventen unserer technischen Hochschulen. Es ist daher für Deutschland existentiell, dass die Schulen genügend Abiturienten ausbilden, die einem fachlich fordernden naturwissenschaftlichen oder technischen Studium gewachsen sind.

Ein letzter Punkt. In den Bildungsberichten der OECD wird Deutschland kritisiert, weil die Abiturientenquote und der Prozentsatz der Studierenden im weltweiten Maßstab zu niedrig liegen. Das erinnert an die sozialistische Tonnenideologie unseligen Angedenkens, wo nicht auf Qualität, sondern immer auf Masse geachtet wurde. Wenn mehr als 50 Prozent eines Jahrgangs auf weiterführende Hochschulen geht, mit einem Bachelor oder Master abschließt, der teilweise verschenkt wird, weil die Durchfallsquoten gering gehalten werden müssen, dann ist das nicht Pflege, sondern Vergeudung intellektueller Ressourcen.

3. Gemeinsam sind wir stärker?

Das Ergebnis unserer Überlegungen lautet: Die Regierungen verlieren beim Aushängen der Stadttore ihr ordnungspolitisches Monopol; dies zwingt sie in die Attraktivität des nationalen Standorts zu investieren. Wir haben zentrale Felder aufgezeigt, wie Politik die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland bewahren, ausbauen und so zugleich den Intentionen der Konzeption „Soziale Marktwirtschaft“ entsprechen kann. Wie gewichtig ist das Argument, dass Deutschlands Wirtschaft gegenüber den aufkommenden „global players“ ins Hintertreffen gerate, wenn sie nicht zusammen mit anderen europäischen

Staaten die Kräfte bündelt? Erst dann sei sie ein machtvoller Faktor im internationalen Kräftespiel. Die Etablierung des Euro sei die hierfür notwendige Basis.

Das letztere Argument lässt sich rasch erledigen. Eine gemeinsame Währung hat Vorteile, wenn sie ökonomischen Anforderungen und politischen Zielen genügt. Eine Währungsunion, die immer mehr politische und finanzielle Ressourcen durch Probleme bindet, die es ohne die Währungsunion nicht gäbe, stärkt nicht, sondern schwächt die beteiligten Volkswirtschaften und die Gruppe als solche, wenn sie international auftritt. Eine Eurogruppe, die sich von anderen Mitgliedern der Weltgemeinschaft sagen lassen muss, wie sie ihre internen Probleme lösen sollte, wird ständig an Reputation und damit auch an Gehör verlieren. Wenn aus der gewollten Stabilitätsgemeinschaft eine tatsächliche Transferunion wird, dann werden finanzielle Mittel von Land zu Land transferiert, die hier Kapitalbildung schmälern und dort Sozialkonsum ermöglichen.

Wenn wir einmal die aktuelle Euro-Krise beiseite lassen, so stellt sich doch die Frage, ob gute ordnungspolitische Konzepte im Zuge der Globalisierung nicht besser im Rahmen der EU durchgesetzt werden können. Eine in sich geschlossene EU könne sich wirksamer Gehör verschaffen als eine nationale Regierung. Damit ist aber die Frage verbunden, wer in der EU gemeinsame europäische Interessen definiert. Wenn, wie in der Vergangenheit oft geschehen, französische Regierungen den Freihandel als Spielwiese für international agierende Unternehmen sehen, dann können wir nicht ausschließen, dass nationale Regierungen nicht mit Europa die Chancen der Globalisierung nutzen, sondern sich in Europa vor Globalisierung schützen wollen. Auch ist zweifelhaft, ob auf zentraler Ebene Probleme effizienter als auf nationaler Ebene gelöst werden können.

Den entscheidenden ordnungspolitischen Einwand gegen die Zentralisierung der Entscheidungsfindung hat Kurt Biedenkopf¹⁷ geliefert: Es sei gefährlich für Europa, wenn

wir in Bereichen, über deren künftige Entwicklung wir relativ wenig wüssten, zentrale Antworten auf der Grundlage gegenwärtiger Kenntnisse gäben. Karl Popper habe uns geraten, immer dann, wenn wir über entscheidende Zukunftsfragen in der offenen Gesellschaft keine gesicherten Antworten hätten, einen Wettbewerb zu organisieren. Auf diese Weise ermöglichten wir die Entstehung von Alternativen. Je mehr Mitgliedstaaten an der Entscheidungsfindung beteiligt sind und je mehr Probleme zentral gelöst werden, desto weniger können sich Bürger und Regierungen darin wiederfinden und den Entscheidungsweg nachvollziehen. Oft ist nicht erkennbar, welche politische Ebene für Entscheidungen verantwortlich ist, die direkt in die Lebenswirklichkeit der Bürger eingreifen. Solche Fehlentwicklungen wären ein hoher Preis bei der Suche nach Schutz vor dem scharfen Wind der Globalisierung. Überdies können Länder, wenn sie ihre Schiffe ordnungspolitisch umgerüstet haben, den scharfen Wind der Globalisierung als Anschlag für schnellere Fahrt nutzen.

4. „Irenische Formel“ als globales Konzept

Alfred Müller-Armack verstand die Idee der Sozialen Marktwirtschaft als „irenische Formel“ (abgeleitet von „Eiréne“, der Friedensgöttin der griechischen Mythologie), die aus verschiedenen Weltanschauungen zentrale Elemente zur konkreten Weltgestaltung herauschäle, die sich zusammenbinden und mit Hilfe derer sich ein stimmiges Konzept erarbeiten lasse. Wenn die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft das für eine Volkswirtschaft leisten könne, dann ist natürlich auch vorstellbar, dass ein solches Vorgehen ebenfalls im Rahmen der Globalisierung glücken könnte.

Zwei Schlussfolgerungen wollen wir hier festhalten: Alfred Müller-Armack verstand seine Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft als Grundlage für gesellschaftlichen Frie-

den. Er hat zugleich gesehen, dass Strukturwandlungen über den Markt sich reibungsloser und wohl auch friedlicher vollziehen, als wenn politische Entscheidungen bemüht worden wären.¹⁸ So dient auch das freiwillige Mit- und Gegeneinander von Volkswirtschaften im globalen Wettbewerb eher dem friedlichen Zusammenleben als politische Bemühungen, die über staatliche Interventionen einen sozialen Ausgleich realisieren wollen. Diese Überlegung ist keineswegs neu. Sie ist eine zentrale Erkenntnis aus Immanuel Kants Programmschrift „Zum ewigen Frieden“: „Es ist der Handelsgeist, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt. Weil nämlich unter allen der Staatsmacht untergeordneten Mächten (Mitteln) die Geldmacht wohl die zuverlässigste sein möchte, so sehen sich Staaten (freilich wohl nicht eben durch Triebfedern der Moralität) gedrungen, den edlen Frieden zu befördern und, wo auch immer in der Welt Krieg auszubrechen droht, ihn durch Vermittelungen abzuwehren ... Auf die Art garantiert die Natur durch den Mechanism der menschlichen Neigungen selbst den ewigen Frieden.“¹⁹

V. Wesentliche Erkenntnisse

Die großen Buchstaben der Globalisierung heißen Vergrößerung der Märkte und bessere Ausschöpfung der Ressourcen über weltweite Arbeitsteilung; die Menschen erleben die kleinen Buchstaben der Globalisierung als Verdrängung tradierter Produkte und als Schließung der Fabriken um sie herum. Ricardos Modell der Wohlstandsmehrung durch Konzentration der nationalen Produktion auf die Güter mit komparativen Kostenvorteilen ist tatsächlich bloß eine Aussage über den Handelsgewinn der jeweiligen Tauschpartner und leitet den weltweiten Wohlstandszuwachs mittels der komparativen Statik ab. Es berücksich-

tigt beispielsweise nicht die dynamischen Arbeitsmarkteffekte, die in den jeweiligen Partnerländern auftreten können. Es lässt sich sogar zeigen, dass einige Länder zu den Verlierern der Globalisierung zählen.

Soziale Marktwirtschaft, gerade wenn sie sozial sein will, fußt auf Freiheit und Wettbewerb. Eine Politik des Schutzes bedrohter Sektoren, auch wenn er zeitlich befristet und degressiv gestaffelt angelegt ist, führt in aller Regel zu Erhaltungsinterventionen. Politik im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft muss dagegen auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft gerichtet sein. Da sich Globalisierung – bildlich gesehen – mit dem Aushängen der Stadttore oder dem Niederreißen von Grenzzäunen vergleichen lässt, muss sich die nationale Ordnungspolitik dem internationalen Standortwettbewerb stellen. Die Politik muss sich auf die Interessen der Bürger einstellen. Die Intensität des Wettbewerbs nimmt zu. Der Zuzug billigerer Arbeitskräfte wirkt im Prinzip wie kostensparender technischer Fortschritt, erhöht damit die Kaufkraft der Inländer und wirkt so wohlfahrtssteigernd. Wenn moderne Computertechnologien „non-competing-groups“ zu „competing groups“ machen, hat dies vergleichbare wohlstandssteigernde Effekte für die Gesamtwirtschaft, allerdings nicht für die Betroffenen. Für Kapitalbewegungen gilt, dass sie einmal abhängig sind von der inländischen Spartätigkeit und zum anderen auf die nationale Standortpolitik reagieren.

Gute Ordnungspolitik ist entscheidend für die Stellung Deutschlands im Zuge der Globalisierung und für die Vorbildfunktion der Sozialen Marktwirtschaft:

1. Bei Intensivierung des Wettbewerbs ist gerade bei hoch entwickelten Industriewirtschaften ein hohes Maß an Flexibilität erforderlich, um auf die gewachsenen Herausforderungen angemessen und rasch reagieren zu können.

2. „Soziale Gerechtigkeit“ muss sich von der interpersonellen auf die intertemporale Verteilung verlagern; nur wenn über Kapitalbildung mehr sozialpflichtige Vollarbeitsplätze geschaffen werden, wird die Politik sowohl ihrer Verpflichtung gegenüber der nachkommenden Generation als auch ihrem sozialen Auftrag gerecht.
3. Deutschland hat nur einen weltwirtschaftlich wesentlichen „Rohstoff“: die Fähigkeiten und Fertigkeiten nachkommender Generationen.

Bei der Annahme, europäische Gemeinsamkeit verschaffe uns in der globalisierten Welt mehr Gehör und Einfluss, sind drei Problemkreise zu bedenken: Zentralisierung versus Subsidiarität, Schwächung des Wettbewerbs als Problemlösungsverfahren und unterschiedliche Problemlösungsansätze nicht nur in der Eurozone. Vor allem gilt: Wenn die Eurozone in eine Transferunion einmündet, wird aus produktiven Arbeitsplätzen in Richtung europäischen Sozialkonsums umverteilt. Die Folge wird eine Schwächung des deutschen Produktionsstandortes, aber auch Europas insgesamt sein.

Eine hoffnungsfrohe Perspektive der Globalisierung liefert uns Immanuel Kant: Weltweiter Handel und internationaler Kapitalverkehr fördern den Weltfrieden. Für den inneren Frieden in den Ländern selbst kann die Soziale Marktwirtschaft als „irenische Formel“ einen komplementären Beitrag leisten.

Anmerkungen

¹ Joachim Starbatty: Strukturpolitik im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft?, in: Knut Wolfgang Nörr und Ders. (Hg.): Soll und Haben – 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft (Marktwirtschaftliche Reformpolitik. Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, N.F. 3). Stuttgart 1999, S. 169–193, hier S. 171–175.

- ² Alfred Müller-Armack: Soziale Marktwirtschaft, in: Ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. Ausgewählte Werke. Hg. von Ernst Dürr/Harriet Hoffmann/Egon Tuchfeldt/Christian Watrin. 2. Aufl. Bern 1976, S. 243–249, hier S. 243.
- ³ Gérard Gäfgen: Gerechtigkeit – ein Allerweltswort, in: Gerhard Schwarz (Hg.): Die Soziale Marktwirtschaft. Zürich 1990, S. 30f.
- ⁴ Friedrich August von Hayek: Was ist und was heißt „sozial“?, in: Albert Hunold (Hg.): Masse und Demokratie. Erlenbach u. a. 1957, S. 81f.
- ⁵ Ludwig Erhard: Die deutsche Wirtschaftspolitik im Blickfeld europäischer Politik (Vortrag an der Universität Zürich am 6. Februar 1952). Abdruck in: Albert Hunold (Hg.): Wirtschaft ohne Wunder. Erlenbach u. a. 1953, S. 128–157, hier S. 131.
- ⁶ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1952, S. 124.
- ⁷ Alfred Müller-Armack: Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen, in: Ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, S. 171–199, hier S. 189.
- ⁸ Ludwig Erhard: Wohlstand für alle. Düsseldorf 1957, S. 296ff.
- ⁹ Müller-Armack: Soziale Marktwirtschaft, S. 245.
- ¹⁰ Vgl. hierzu Joachim Starbatty: Eine Neue Soziale Marktwirtschaft?, in: Handelsblatt, 5. Dezember 2000, S. 53.
- ¹¹ Albert Hirschman: Abwanderung und Widerspruch. Reaktion auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten. Tübingen 2004.
- ¹² Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England [1845]. 3. Aufl. Stuttgart 1909.
- ¹³ Gerhard Hauptmann: Die Weber. Schauspiel aus den vierziger Jahren. Mit Illustrationen von Käthe Kollwitz. Privatdruck (1917). Einmalige Auflage in 220 Exemplaren.
- ¹⁴ John Elliot Cairnes: Some Leading Principles of Political Economy Newly Expounded. 2. Aufl. London 1884, S. 67f.
- ¹⁵ Johann Joachim Becher: Politischer Discurs von den eigentlichen Ursachen/deß Auf- und Abnehmens der Städt/Länder und Republicken. Franckfurt 1688, S. 222.
- ¹⁶ Friedrich List: Das nationale System der politischen Ökonomie. Erster Band. Stuttgart u. a. 1841, S. 201–221.
- ¹⁷ Kurt Biedenkopf: Vom Komplizierten zum Einfachen – Wege zu

einer neuen Problemlösungsfähigkeit in Staat und Wirtschaft, in: Christian Smekal und Joachim Starbatty (Hg.): *Der Aufbruch ist möglich. VIII. Internationaler Kongress – Junge Wissenschaft und Wirtschaft*, Innsbruck, 3.–5. Juni 1998 (Schriftenreihe der Hanns Martin Schleyer-Stiftung 58). Köln 2001, S. 17–33.

¹⁸ Alfred Müller-Armack: *Abhängigkeit und Selbständigkeit in den Wirtschaftsordnungen*, in: Ders.: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. Ausgewählte Werke*. Hg. von Ernst Dürr/Harriet Hoffmann/Egon Tuchfeldt/Christian Watrin. 2. Aufl. Bern 1976, S. 201–229, hier S. 207.

¹⁹ Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf* [1795]. Stuttgart 1984, S. 33.